

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Realpolitik — Aus der Geschichte der anarchistischen Emigration — Schacher mit Gefangenen.

Befriedete Welt

Karl Marx und die Moral

Gruß

NR. 10

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 2

BERLIN

JULI 1928

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 10

Juli 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchiäuchtingstr. 48. Fernsprecher: F2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Realpolitik

Ein neuer Reichstag nebst etlichen neuen Landtagen ist in Funktion getreten. Es ist anzunehmen, daß, ehe noch diese Blätter in die Hände der Leser gelangt sein werden, auch eine neue Reichsregierung die Ausübung des segenvollen Geschäfts begonnen haben wird, dem deutschen Volke die beliebte Richtschnur des Handelns mit Knoten zu verzieren und als Peitschenschnur spürbar zu machen. Die Staatsgewalt soll diesmal vom Müller ausgehen. Das Volk will es so. Es hat mit ihm als Reichskanzler schon 1919 die angenehmsten Erfahrungen gemacht, als er, Chef einer jener Regierungen, welche dem Ministerkollegen Noske die Möglichkeit zum Schnaufen dankten, das Dokument von Versailles unterzeichnete. Ja, wir bekamen damals anschaulich vorgeführt, was für Opfer an jahrzehntelang beschworener Überzeugung wohlverstandenes Pflichtbewußtsein staatsmännisch überlegenden Realpolitikern aufzuerlegen vermag und zu was für Opfern auf Kosten des Proletariats sich verantwortungsvolle Sozialisten zu überwinden wissen, wenn es der höhere Zweck, die Autorität des Staates mit seinen unwandelbaren Fundamenten, Besitz und Gesetz, Glauben und Wehr, Registerordnung in den Archiven und Rentabilität des Kapitals, erfordert. Müllers Hand unterschrieb, Scheidemanns Kassandradrohung in den Wind schlagend, daß die Hand, die es tun würde, verdorren solle. Aber Müller setzte dennoch erst seinen Namen unter das Instrument des ewigen Friedens, nachdem er die Regierungen der Alliierten davon überzeugt hatte,

daß Deutschlands Herz blute und daß die Bestimmungen, nach welchen die Hohenzollern und diverse ähnlich gestimmte Herrschaften zur Prozessierung an die Sieger auszuliefern seien, „untragbar“ wären. (Untragbar heißt auf deutsch unerträglich; die Realpolitiker haben in diesem, wie in manchem anderen Fall eine Änderung des Ausdrucks vorgenommen, weil sich das Wort „untragbar“ politisch fachmännischer ausnimmt, es klingt nach neuer Sachlichkeit und läßt sich vorzüglich in Verbindung mit eingeweihem Stirnrunzeln aussprechen. Die Bezeichnung einer üblen Sache als „unerträglich“ ist altmodische Gefühls-„Einstellung“, wer aber „untragbar“ sagt, beweist, daß er berufen ist, mitzureden). Ludendorff blieb also im Lande und dem Kapp- und Hitlerputsch sowie der Säuberung des Germanentums von Juden, Freimaurern und Jesuiten erhalten. Dagegen mißlang es den Müllers und Konzessionsschulzen leider, die Erhöhung des bewaffneten Realbestandes der Reichswehr und der Polizeimacht zum Schutz des Eigentums gegen revolutionäre Gelüste der Arbeiter bewilligt zu erhalten. Was die Kosten des Kriegsverfahrens betraf, so berührten sie, realpolitisch betrachtet, nirgendwo die Ehre Deutschlands, und wegen dieser Frage wurde kein langes Lamento erhoben, vor allen Dingen kein Appell an die Proletariate der Ententeländer, die am Ende eingesehen hätten, daß ein gemeinsames Interesse aller Arbeiter der Welt vorlag und daß sich hier eine Versklavung der deutschen Arbeitermassen vorbereite, die mit Sicherheit zu neuen und unerhörten Formen der kapitalistischen Ausbeutung in allen Ländern führen müsse.

Hermann Müller — ehe er Müller-Franken hieß, schätzte ihn die Mitwelt als Müller vom Pateivorstand — war nicht der erste und nicht der letzte Sozialdemokrat, der dem Proletariat den Unterschied zwischen Klassenkampf und Realpolitik begreiflich machte. Wir müßten keinen Ebert erlebt haben, um nicht zu wissen, daß das Bekenntnis zu einer Weltanschauung der positiven Mitarbeit auf dem ehernen Boden der Wirklichkeit keinerlei prinzipielle Schranken zu setzen braucht. Wer das Wesen der Realpolitik am Wirken der Sozialdemokratie nicht schon vor dem Kriege erkannt hatte dem hat ja der Krieg selbst dazu hinlänglich Gelegenheit gegeben und in der Folge das immer tiefere Hinuntergleiten der zum Dreinreden von der Bourgeoisie gnädig zugelassenen Arbeiterdelegierten in die Niederungen des ödesten Nachwächterdienstes für die Privilegien der besitzenden Klasse. Für meinen persönlichen Teil kann ich die

richtige Voraussicht der Konsequenz der sozialdemokratischen Realpolitik für den Fall ihrer Zulassung zu den Staatsämtern schon ziemlich frühzeitig in Anspruch nehmen. Im August 1912 schrieb ich in meine Münchener Zeitschrift (KAIN, Jahrg. II. Nr. 5): „Wären die deutschen Behörden nicht so vernagelt, den sozialdemokratischen Staatspositivisten den Eingang zu den Verwaltungsämtern zu versperren, so hätten sie längst die Erfahrung gemacht, daß sie in ihnen die pflichttreuesten Hüter der kapitalistischen Einrichtungen besäßen. Schon das Wirken der Roten in den Parlamenten hätte ihnen darüber Klarheit schaffen müssen.“ Allerdings scheine ich mich damals in der Beurteilung der Arbeitermassen geirrt zu haben. Denn ich glaubte, „daß die Arbeiter, wenn ihren Führern einmal das Odium umstürzlerischer Gesinnung genommen würde, an ihrer Wirksamkeit erkennen könnten, wie fern von den Wünschen des Volkes das Walten einflußreicher Genossen lebt, und daß der Moment, wo das Volk begänne, den politischen Mumpitz seiner Vertreter zu durchschauen, revolutionäres Leben in die Geister bringen müßte.“ Die revolutionäre Resonanz der sozialdemokratischen Realpolitik von 1914—x blieb freilich nicht aus, beschränkte sich aber auf eine sehr geringe, dazu noch mißleitete und unter sich selbst uneinige Minderheit, die zu schwach war, sich gegen die Ebert-Noskeschen Methoden der Belagerungsdiktatur durchzusetzen und deren stärkster Teil sich dann ebenfalls wieder von ihrer Führerschaft zu Parlaments- und Gewerkschaftspraktiken und dadurch zur Duldung und Unterstützung einer auf sozialdemokratische Vorkriegsopposition gestimmte Realpolitik mit kommunistischer Färbung gewinnen ließ. Der einzige Nutzen, der aus der praktischen Tätigkeit sozialdemokratischer Regierungen in Deutschland bis jetzt zu erkennen ist, besteht in der Widerlegung der Bismarck'schen Äußerung: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren“; die Sozialdemokraten haben es auch mit dem Belagerungszustand nicht gekonnt.

Augenblicklich — ich schreibe dies am 18. Juni — ist die Deutschland in tiefster Seele erschütternde Frage die, ob Müller und Scholz über die realpolitische Verteilung der vakanten Ministerpöstchen einig werden oder nicht. Wenn nicht, so könnte, Gott behüte, statt der Großen Koalition — das ist ein Ragout aus Börse, Kirche, A. D. G. B., A. E. G. und bayerischer Eigenart und unterscheidet sich vom Bürgerblock dadurch, daß dieser statt der Gewerkschaftsbonzen die Landbündler bevorzugt — eine kleine Koalition aus Weimarionetten, verstärkt durch Mit-

telstand und Bayerntreue, herausspringen. Wenn aber ja, dann ist der Verrat der Sozialdemokraten ganz ungeheuerlich und dem Proletariat werden alsdann erst die Augen übergehen, so schrecklich wird alles werden. Wenigstens ist es so täglich in der kommunistischen Parteipresse zu lesen, und es ist nur das Pech unserer kleinbürgerlich-individualistisch-utopistischen Anarchistenideologie, daß uns das Verständnis dafür abgeht, warum wohl der Verrat am Proletariat verwerflicher ist, wenn man ihn im Bunde mit dem schwerindustriellen Liberalismus, als wenn man ihn im Bunde mit dem mittelständlerischen Klerikalismus verübt. Aber wir haben die realpolitische Überlegenheit der Parteikommunisten ja schon damals verkannt, als wir nicht begreifen konnten, daß bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten schwerere Gefahr und größeres Unglück für das Proletariat befürchtet werden müsse, als es bei der Wahl des Kandidaten Marx der Fall gewesen wäre. Der dem realpolitisch minder bewanderten Zeitgenossen vornehmlich in die Augen springende Unterschied zwischen den beiden Herren ist der, daß sich der eine lieber mit dem Marschallstab, der andere lieber mit der Wachskerze in der Hand photographieren läßt.

Es ist für den grundsätzlichen Staatsverneiner nicht ganz einfach, die Aufregung der Kommunisten zu verstehen, wenn sich die sozialdemokratischen Bejager des Staates bereit zeigen, diesen Staat im Verein mit allen anderen Staatsbejahern zu regieren. Die Deutschnationalen werden doch von den Sozialwie ebenso wie von den bürgerlichen Demokraten nur deshalb als koalitionsunfähig angesehen, weil man sie im Verdacht hat, nicht hinlänglich staaterhaltend der Republik ergeben zu sein. Der Verdacht ist unbegründet, denn wer nur immer an der Regierung teilnimmt, sieht zwar zu, die Kontrahenten zu möglichst großen Zugeständnissen in der Richtung seiner Programmbekenntnisse zu überreden, erklärt aber zugleich seine Bereitwilligkeit zu Anpassungen an das fremde Programm. Dabei wird wie im Skatspiel gereizt, jeder sucht den Partner zu über-tölpeln, und alles Verhandeln findet schließlich seine Grenze an der unvermeidbaren Verpflichtung, den Staat zum Nutzen seiner wirklichen Auftraggeber, der privatwirtschaftlichen Unternehmer, zu verwalten. Die Regierungsmethoden der zu Koalitionen zugelassenen Parteien unterscheiden sich lediglich in Nüancen und in äußeren Förmlichkeiten, nirgends im Prinzip. Die prinzipiellen Auffassungen gelten bei allen gleichermaßen nur für die Zeit der Opposition, und auch da bloß, so lange die

Hoffnung, zu verantwortlicher Mitarbeit doch noch herangezogen zu werden, gering ist.

Die Erfahrung ergibt diese Tatsachen: Dürfen die Deutschenationalen in die Regierung, so verlassen sie die sonst in Ehrfurcht und wartender Treue umringten Stufen des annoch verwaisten Thrones und flechten mit am Drahtzaun der den Hohenzollern die Rückkehr sperrt; sie verzichten auf den Revanchekrieg und schwenken im Privatklub Schwarz-Weiß-Rot und im Amtsbereich Schwarz-Rot-Genf. Die Deutsche Volkspartei, die unmittelbare Mandatarin der industriellen Beherrscher des Landes, weiß sich natürlich ihres absolut maßgeblichen Einflusses auf jede Regierung, ob sie drin sitzt oder nicht und gleichgültig, wie stark sie in den Parlamenten vertreten ist, immer sicher. Sie legt dennoch Wert darauf, selbst Minister zu stellen, weil dadurch die Verbindung mit der Staatsexekutive erleichtert wird; so erkaufte sie in schwierigen Fällen ihre Beteiligung an einer Regierungsbildung mit der Preisgabe gewisser programmatischer Grundsätze, natürlich nie auf wirtschaftlichem, wohl aber auf kulturellem Gebiet, indem sie sich vom Zentrum dies und jenes von ihrem liberalistischen Kirchen- und Schulprinzip abhandeln läßt. Das Zentrum umgekehrt, solide fundiert in der unverrückbaren Idee, daß der Kirche die Vorherrschaft über den Staat und mithin die bestimmende Gewalt über die Erziehung der Jugend und das private Verhalten der Staatsbürger insgesamt, insbesondere die hemmungslose Kontrolle ihrer Sündhaftigkeit auf dem Gebiete der geschlechtlichen Beziehungen, gebühre, ist für Teilzahlungen in diesem Ressort zur tolerantesten Gegenleistung nach allen Richtungen in weltlicher Hinsicht bereit. Es regiert auf weimarerisch und bewilligt auf Wunsch hundert neue republikanische Ämter; es regiert auf potsdamerisch und bewilligt jeden erwünschten Zoll auf Lebensmittel und jeden Panzerkreuzer, der auf Kosten von Kinderspeisungen geht; es regiert, wenn man ihm nur die Schule und die Sittlichkeit läßt, auch amsterdamerisch oder selbst palästinensisch und moskowitzisch. Die Sozialdemokraten aber, — mehr noch als die eigentlichen Demokraten, nach deren Grundsätzen der republikanische deutsche Staat gebaut ist, deren Zerfall als Partei aber durch die zu nahe Verwandtschaft ihrer unterschiedlichen Flügelrichtungen mit benachbarten Gruppen bedingt ist und nur noch durch die Verfügung über die Tagespresse der gebildeten und fortschrittlich-anspruchsvollen Bourgeoisie aufgehalten wird —, die Sozialdemokraten bil-

den heute den konservativen Kern des gesamten Staatswesens. Sie sind die einzigen, die völlig durchdrungen sind von der Auffassung, daß die Zustände der deutschen Republik in sich selbst keinerlei revolutionäre Eigenschaften mehr bergen und daß der freie Volksstaat, der durch die schwarzrotgoldene Fahne und durch die wohlklingenden Paragraphen der Weimarer Verfassung garantiert ist, nur noch von dem staatsmännischen Geschick bedient zu werden braucht, das neben dem Stresemann und dem Wirth nur noch den sozialdemokratischen Müllers, Löbes und Breitscheids eigen ist, um den Charakter Deutschlands als freier Republik der Welt dem verstocktesten Proletarier sinnfällig zu machen. Sozialistische Anschauungen haben für diese Partei noch einen gewissen theoretischen Wert, doch hat eine dreiviertelhundertjährige realpolitische Praxis ihre führenden Geister längst von dem Aberglauben kuriert, als dürfe sich das Verhalten im Getriebe der Wirklichkeit je von Lehrmeinungen beeinflussen lassen. Der Sozialismus der Sozialdemokratie hat nur noch die Bedeutung eines Firmenzeichens, ein verpflichtendes Prinzip wird von ihm längst nicht mehr gedeckt; die Firma will nur mitteilen, daß bei ihr auch Arbeiterforderungen in Auftrag gegeben werden können, sofern sie nicht das Geschäft des demokratischen Staates stören. Sozialversicherungen werden aufgebügelt, und in Fragen der proletarischen Gesamtinteressen, Wohnungsnot, Arbeitslosenfürsorge, Mieterschutz und gewerberechtlichen Angelegenheiten wird Rat erteilt und Vermittlung bei den zuständigen Instanzen des Kapitals zugesagt. Ein Prinzip weltanschaulicher Art oder gar ein Klassenkampfprinzip ist hier garnicht mehr wirksam, kann also auch nicht verletzt werden. Warum also Müller vom Parteivorstand nicht mit Scholz vom Industriellensyndikat ebenso gut Regierung machen sollte, wie mit irgendeinem Zentrumsapostel oder Börsendemokraten, ist nicht einzusehen. Wer überhaupt die Möglichkeit zugibt, daß der kapitalistische Staat nach den Interessen der Arbeiterklasse regiert werden kann, sollte lieber klar heraus sagen, wie das zu machen sei, als nur ewig Verrat schreien, wenn es andere versuchen.

Leider ist von den Parteikommunisten niemals ein unzweideutiges Programm für das Verhalten des revolutionären Proletariats innerhalb der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu erlangen. Zwar wird die Richtigkeit unserer Ansicht zugegeben, daß sich eine kapitalistische Gesellschaft nur im Interesse des Kapitalismus regieren lasse; dennoch wird gleichzeitig ver-

sucht, in Parlamenten und Verwaltungskörperschaften „Machtposten“ zu besetzen. Ja, in den kommunalen Regierungen, den städtischen Magistraten, tun die Kommunisten genau dasselbe, was sie in Staat und Reich den Sozialdemokraten vorwerfen: sie stellen Stadträte für die gleichen Stadtregierungen, in denen auch die Deutsche Volkspartei und selbst die Deutschnationalen ihre Stadt- und Magistratsräte zu sitzen haben. Es ist zuzugeben, daß Kommunalpolitik auch vom Standpunkt der anarchistischen Staatsverneinung aus notwendig ist und, sofern sie unabhängig von kapitalistischen Einflüssen betrieben werden könnte, sehr nützlich wäre. Aber erstens sind unter dem geltenden Wirtschaftssystem die kommunalen Angelegenheiten ebenso sehr den Interessensklüngeln der Geldverdiener ausgeliefert und dem Profit des Kapitals untergeordnet wie jegliche Politik sonst zweitens aber geben ja die Staatskommunisten garnicht zu, daß die Kommune ihrem Wesen nach etwas anderes sei als der Staat und andere Grundsätze des Verhaltens der Revolutionäre bedinge. Nein, man besetzt die städtischen Machtposten einfach deswegen, weil man sie haben kann und nennt das dann „Taktik“.

Was die Parteikommunisten in ihrer politischen Tätigkeit als Taktik bezeichnen, ist aber bei Licht besehen genau dasselbe was bei den Sozialdemokraten Realpolitik heißt. Selbstverständlich gibt es eine revolutionäre Taktik, nämlich das kluge Berechnen der Möglichkeiten, wie innerhalb der bedingungslosen Aktionsmethoden des Klassenkampfes unter den gegebenen Umständen am nützlichsten für das Proletariat zu verfahren sei. Taktik aber hat mit dem Opportunismus nicht das mindeste zu tun, der die Sozialdemokratie unter dem Stichwort Realpolitik über das Parlament und den Reformismus zum Noske und zum ekelhaftesten Schacher um Ministerposten geführt hat. Soweit sind die Parteikommunisten natürlich nicht; aber sie täten gut, sich daran zu erinnern, daß gleiches Verhalten unter gleichen Bedingungen zu gleichen Konsequenzen treibt. Schon haben wir es erlebt, daß die Kommunisten, um puren Wahlstimmengewinn willen für die gegen das revolutionäre Proletariat schwer bewaffneten Schupobeamten erhöhte Bezüge, ja, daß sie nach dem Stahlhelmaufmarsch im vorigen Jahr für die Leute, die mit ihren Gummiknüppeln ausschließlich gegen Proletarier losgegangen waren, die Vergütung der dabei geleisteten Überstunden aus Staatsmitteln gefordert haben. Das alles geht unter dem Namen Taktik und ist nichts anderes als Preisgabe des revolutionären Grundstandpunktes zugunsten einer im Augenblick

opportun scheinenden Wirkung. Es ist Realpolitik in Reinkultur.

Realpolitik, wortgetreu erklärt, bedeutet Einrichtung des Verhaltens im Hinblick auf das Wirkliche, mithin politische Tätigkeit auf dem Boden der gegebenen Tatsachen. Wir Anarchisten brauchen nicht zu erschrecken, wenn unser Widerstreben gegen jede Realpolitik, die in der Beteiligung an der Verwaltung der staatlichen Einrichtungen besteht, als utopistische Idealpolitik verlästert wird. Wir werden Realpolitik dann treiben, wenn die gegebenen Tatsachen auf dem Boden stehen, den der revolutionäre Klassenkampf durch die Beseitigung des Staates selbst geschaffen hat. Inzwischen lassen wir unser Verhalten gegen das Seiende und für das Künftige von den Grundsätzen leiten, auf denen sich die klassenlose Gesellschaft der Freiheit und des Sozialismus allein ausbauen kann: von rücksichtsloser Wahrhaftigkeit in Forderung und Kritik, von unverwässertem kompromißlosem Kampf gegen den Kapitalismus und seine Zwingburg Staat und von der Reinhaltung der revolutionären Idee von den Tageserwägungen jeder opportunistischen Taktik. Was für eine Regierungskoalition von jetzt ab die Taschen der Proletarier für den Profit des Kapitals schröpfen wird, ist völlig uninteressant. Der Kampf gegen die Ausbeutung in jeder Form und gegen die Herrschaft jeder Regierung geht den Arbeiter etwas an. Solidarischer Zusammenschluß des revolutionären Proletariats zu diesem Kampf, ohne Zentrale, ohne Befehlsgewalt beamteter Führer, ohne prinzipienlose „Taktik“, aber mit dem Blick zum Ziel, mit dem Bewußtsein der Kraft und mit dem Willen zur Tat, — das ist proletarische und revolutionäre Realpolitik.

Aus der Geschichte der anarchistischen Emigration

Stephanus Fabijanovic gehört zu den anarchistischen Opfern des Vernichtungskampfes, den die europäischen Marxisten gegen die Anhänger der bakuninistischen Opposition führten. Er, der nach langen Jahren unstenen Wanderns in der amerikanischen „Zuflucht“, Jahren unaufhörlichen Kampfes sowohl um die persönliche Existenz als auch um den Sozialismus, die Freiheit und das Glück der Arbeiterschaft insgesamt, endlich in Californien seßhaft geworden ist, wo er seinem ursprünglichen Gewerbe als Bäcker nachgeht, schildert in dem Artikel, den er für FANAL geschrieben hat, das Schicksal seiner eigenen engsten Gefährten. Es ist Erlebnis, das hier mitgeteilt ist, und ich habe deshalb außer geringfügigen Streichungen, die Mißverständliches ausmerzten, nur die sprachliche Umarbeitung der Artikel vorgenommen, die das Deutsch des kroatischen

Proletariers, der überdies seit Jahrzehnten unter englisch sprechenden Menschen lebt, notwendig machte. — Im Jahre 1923 veröffentlichte Genosse Fabijanovic im Selbstverlag (Los Angeles, Cal. 812 East Adams Str.) ein Buch „Zwei einsame Menschen und ihre Glückseligkeit“, das von unserm alten Kameraden Alfred G. Sanftleben ins Verständliche übertragen und mit einem Geleitwort versehen worden ist. Ein philosophisches Bekenntnisbuch über das innere Glück zweier hungernder Weltbummler, ahasverischer Revolutionäre, die sich naiv und dabei grundgescheit in Unterhaltungen und Briefen mit dem Individualismus Nietzsches und mit ihrer eigenen Gefühlswelt auseinandersetzen und darin und in der Zuversicht auf die revolutionäre Mission des Weltproletariers das seelische Gleichgewicht in ihrer Pennbrüderisolierung finden. „Sollte dieses Schriftlein Ermutigung, wenn nicht Anklang finden,“ sagt Gen. Sanftleben in der Einleitung, „so dürften vielleicht im Laufe der Jahre weitere Blätter den Weg in die Oeffentlichkeit finden.“ Vielleicht hilft dieser Hinweis und der folgende Aufsatz des Genossen Fabijanovic selbst seinen weiteren Arbeiten den Weg öffnen.

E. M.

Es dauerte ungefähr 4 Jahre, bis der verstorbene Genosse P. Kropotkin die Auffassungen Michael Bakunins über Staat und Staatsformen und seine Angriffe gegen den Staat völlig verstand und übernahm. Keinem der Genossen jener Zeit erging es besser; sie alle hingen noch mit Leib und Seele an der Staatsidee. Was beim einfachen Arbeiter dieses Vorurteil ausmacht, stimmt wenig hoffnungsvoll. Bakunins Meinung über die Notwendigkeit föderalistischer Gruppenbildungen zur Regelung von Konsumtion und Produktion wurde von seinen Genossen kaum begriffen, so wenig wie die theoretischen Auseinandersetzungen über den Warenaustausch, die zuerst den tatsächlichen Kampf gegen den Staat als Beschützer des kapitalistischen Systems und die Aufklärung der Angriffsorganisationen vorbereiten sollten. In dieser Auffassung Bakunins lag seine unmißverständliche Bejahung des gewaltsamen Kampfes eingeschlossen. Beides war damals als Problem kaum zu trennen. Die Geschichte lehrt, wie nach der Popularisierung der Bakuninschen Lehre durch Genossen P. Kropotkin und andere alte Anarchisten bald eine großartige antiparlamentarische Bewegung entstand. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika organisierten sich massenhaft Gruppen, die ihre eigene Bewaffnung praktisch durchführten. Sogar die sozialdemokratische Partei Deutschlands war damals so rührig, daß der Staat seinen großen Reiterstiefel ansetzte, um alle derartigen Keime zu ersticken. Das Sozialistengesetz, das niemanden verschonte, war das Allheilmittel des Staates. Die besten revolutionären Arbeiter mußten ihre Heimat verlassen. Die Vertriebenen begannen nun in aller Welt ein großes Zungendreschen über den strengen Papa Staat! Hier Sozialisten und Parlamentarier, dort Anarchisten und Antiparlamentarier! Der Streit nahm scharfe und höchst bedenkliche Formen an. In Oesterreich entstand eine sehr starke antiparlamentarische Bewegung, die nicht so leicht mit dem großen Staatsstiefel

niederzuhalten war. Aus dem Streit der deutschen verbannten Revolutionäre lernte die österreichische parlamentarische Bewegung und schuf unter Staatsschutz eine organisierte Körperschaft, die ihr Programm 1888 auf dem Heinfeldler Parteitag proklamierte. So erreichten in Oesterreich die geschmeidigen Politikanten mit einem Schachzug ungefähr dasselbe, was in Deutschland das Sozialistengesetz bewirkte. Die Antiparlamentarier mußten das Feld räumen und zwar dergestalt, daß die besten Genossen Oesterreich verlassen mußten. Aber diese Genossen hatten es schwer, sich im Auslande zurechtzufinden, und manche von ihnen kamen bald von Amerika zurück. Diejenigen Genossen, die der Idee die Treue gehalten hatten, ertrugen Schreckliches, verkümmerten auf der Landstraße, erkrankten und viele gingen zugrunde. Die anderen, die verzweifelt zurückkamen, gaben den Kampf auf; — sie mußten sich bei der sozialdemokratischen Partei in der Gumpendorferstraße untertänigst anmelden, um dort von Herrn Dr. Victor Adler die Erlaubnis zu erhalten, wieder österreichische Staatsbürger zu sein. Damit ist alles gesagt. Zähneknirschend fügten sich die alten Kämpfer. Diese Niederlage erlitten nicht nur die Zurückgekehrten, sondern sie wirkte sehr stark auf die jungen Genossen zurück. Auch sie standen vor der Wahl, entweder loyale Parteimitglieder zu werden oder davon zu laufen. Dableiben war unmöglich. Der Kampf der begeisterten und nun lahmgelegten Jungen war erbittert. Wer dort blieb, war ständig arbeitslos, wurde alle Augenblicke zum Verhör vor die Polizei geladen und schließlich so weit getrieben, daß wohl die meisten auf der Landstraße ihre sicherste Heimat fanden. Die Vertriebenen trafen sich in aller Herren Ländern. Das war kein Spaß mehr! Viel verzweifelten. Anderer ließen sich von der Sehnsucht nach dem Dampf von Sauerkraut und Blunzen zurück locken und landeten alsbald für längere Zeit hinter Schloß und Riegel.

Hier seien auch die Genossen erwähnt, die zur Kolonisation nach Brasilien auswanderten. Leider ging es ihnen schlecht genug mit ihren Versuchen. Sie wanderten nach Kalifornien und während des Krieges sah man sie dort in Lumpen gehüllt auf dem Wege nach Mexiko, wo sie von neuem den äußersten Kampf aufnehmen wollten und ihrer erbitterten Wut im Kampf gegen das herrschende System einen Ausweg suchten. Man kann die schrecklichen Kämpfe nicht beschreiben, die doch noch von Europa ihren Ausgang genommen hatten.

Die Reaktion wütete überall, zumal in den latein-amerikanischen Ländern, aus denen die Genossen schließlich ebenfalls flüchten mußten. Die meisten fuhren nach Argentinien, wo sie unter den schwierigsten Umständen den Kampf wieder aufnahmen. Als heimatlose Proleten blieben sie dem Glauben treu, daß vom Parlamentarismus nichts zu erwarten sei. Damit nisteten sie sich ein, gründeten eine antiparlamentarische Bewegung, die heute so fest dasteht, daß die streikenden Arbeiter die Regierung niemals zur

Schlichtung ihres Streikes zulassen. Daß inzwischen eine alles niederschmetternde Reaktion auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aufkam, ist wohl allgemein bekannt. Wie aber diese Reaktion die besten Genossen ins Ungewisse hinaus trieb, das muß erst noch von guten, sich frisch wieder aufrichtenden Genossen der Welt berichtet werden. Man weiß zwar, daß einige alte verborgen lebende Genossen noch Material über die vergangenen Kämpfe haben, die die neue Generation über den Ursprung des furchterlichen Kampfes aufklären können, aber die nach dem Weltkrieg aufgewachsene Generation bildet sich ein, daß die früheren Kämpfe der antistaatlichen Bewegung von einigen Boheme-Literaten ausgegangen wären und mehr der Unterhaltung als der Aufklärung gedient hätten. Diese althergebrachte Bosheit der parlamentarischen Richtung ist so langlebig, daß man sie noch heute in amerikanischen Arbeiterzeitungen finden kann, die sonst den russischen Staatssozialismus verherrlichen. — Das „Fanal“ gehört einer neuen Zeitepoche an, da ist kein Platz, um vergangenen Zeiten nachzutruern.

Die alten Genossen, die annodazumal wegen ihrer Opposition vertrieben wurden, träumten nicht von süßen Rosinen. Sie bauten Lehren auf, die noch heute ragende Leuchttürme im Kampf gegen den Staat sind. Wir wollen über vergangene Kämpfe keine Tränen vergießen, aber um so kräftiger die neuen Kämpfe führen, um moderne Ideen über den Staat siegen zu lassen! Mögen viele der alten antiparlamentarischen Genossen sich zum russischen Staatssozialismus bekannt haben, das wird an der Tatsache nichts ändern, daß Staat und Tyrannei eins sind.

Schließlich soll noch eins hervorgehoben werden! Der Weltkrieg mit all seiner Lebensvernichtung hat der alten Reaktion keinen Abbruch getan, sondern sie eher noch verschärft. Wer anders denkt, betrügt sich selbst. Man braucht sich ja nur in der Welt umzusehen, um zu erkennen, wer an der Spitze des Staates steht. Dort stehen die alten Parlamentarier, die nicht nur mehr ihren boshaften Haß, sondern die Staatsgewalt selbst gegen die paar in der Welt zerstreuten einstmals vertriebenen Antiparlamentarier mobil machen. — Die jungen Genossen (zuma! in Deutschland!) sollen sich hüten auszuwandern. Es sind keine erfreulichen Abendschulen, in denen die Pflichten eines naturalisierten Bürgers erlernt werden.

Stefanus Fabijonowic.

Schacher mit Gefangenen

Der letzte Reichstag verurteilte sämtliche Gefangenen, die auf Amnestie gehofft hatten, zu neuer Zuchthausqual und ging auseinander, um in der Wahlpropaganda jeder Partei das Versprechen zu ermöglichen, sie werde im neuen Reichstag die Amnestie durchsetzen. Der neue Reichstag fand

denn auch gleich einen kommunistischen Amnestieantrag vor, der in den Zuchthäusern unter den proletarischen politischen Gefangenen mit wahrem Entsetzen zur Kenntnis genommen worden ist. Es ist die blanke Kapitulation vor der Sozialdemokratie, nämlich die Beschränkung der Amnestieforderung auf die linksrevolutionären Gefangenen und das ausdrückliche Verlangen, die Angehörigen nationalistischer Organisationen und Verbände auszunehmen. Damit haben die Parteikommunisten, nachdem ihre bessere Einsicht vorher ihnen Hunderttausende sozialdemokratischer Stimmen bei der Wahl eingetragen hatte, jetzt, da sie vier Jahre hindurch die Sozialdemokratie nicht mehr vor Wählermassen und vor Zuchthausgefangenen auszustechen brauchen, genau das getan, was sie zuvor mit großer Beteiligung der Sozialdemokratie als demagogische Preisgabe eines großen Teiles der proletarischen politischen Gefangenen vorgeworfen haben: sie haben der Bourgeoisie den Tip gegeben, wie sie um die politische Generalamnestie herum kommen könne. Sie haben die Berechtigung des Standpunktes zugegeben, daß die Atmosphäre des akuten Bürgerkrieges, aus der die sogenannten Fememorde ebenso hervorgegangen sind, wie alle Taten der revolutionären Arbeiter, in den Zuchthäusern durch Staatsmaßnahmen wach gehalten werden soll. Sie haben, wohl wissend — denn dies war ihr eigenes stärkstes Argument gegen die sozialdemokratische Scheinheiligkeit vor den Wahlen —, daß der Staat selbstverständlich niemals andere Ausnahmen von der Amnestie zulassen werde als solche, die proletarische Klassenkämpfer zu tragen haben, selbst von vornherein verlangt, daß das Amnestiegesetz Ausnahmen enthalten müsse. Wenn sie dabei nicht vorausgesehen haben sollten, was in Preußen inzwischen eingetreten ist, wo Kuttner — immer wieder derselbe Kuttner, dem selber schon mal die Waffe im politischen Kampf losgegangen ist, allerdings tötete er nur einen spartakistischen Arbeiter — eine Amnestie beschließen ließ, die sämtliche Vergehen gegen das Leben unberücksichtigt läßt, — wenn die Kommunisten diese Konsequenz ihres wahnwitzigen Antrags nicht vorausgesehen haben sollten, dann wird man ihnen in Zukunft jedes Dreinreden in politische Angelegenheiten, die das Proletariat angehen, wegen nachgewiesener Unfähigkeit zur Abschätzung tatsächlicher Verhältnisse verbieten müssen. Haben sie aber aus „taktischen“ Gründen und in klarer „realpolitischer“ Erkenntnis der Folgen gehandelt, so wird man ihnen verbieten müssen, die Sozialdemokraten, die dasselbe tun, als Verräter zu bezeichnen. Das Privileg dazu werden wir Revolutionäre innerhalb und außerhalb der Zuchthäuser uns vorbehalten, den Kreis dieser Bezeichnung dann aber so weit ziehen, wie es das Verhalten aller Beteiligten gebietet:

Die unmittelbare Aktualität der Amnestiefrage läßt diesmal die Beschäftigung mit den neuesten Leistungen auf dem Gebiete der deutschen Justiz nicht zu. Vielleicht ist es im nächsten Heft möglich, die reizvollsten

Affären, Jacobowski, Langkoop, Weingärtner und besonders die Verspeisung des Riebeschen Kugellager-Unternehmens durch den Norma-Konzern mit Hilfe der staatlichen Gerechtigkeitseinrichtungen noch nachträglich zu behandeln. Im Augenblick kommt alles darauf an, die Aufmerksamkeit derer, die mit den proletarischen Gefangenen verbunden sind, auf die Gefahren zu lenken, die mit der Beschränkung einer Amnestie auf solche Fälle verbunden sind, die die Justizbehörden als politische anerkennen. Den nachfolgenden gekürzt wiedergegebenen Brief hat der Genosse Karl Plättner aus dem Zuchthause Luckau an ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages gerichtet. Er möge jeden zum Nachdenken anregen, der da meint, man könne unbemerkt mit Leben und Schicksal gefangenener Revolutionäre politischen Schacher treiben.

„Aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages schrieb die „Leipziger Volkszeitung“, daß bereits in der ersten Sitzung des Reichstages das Amnestiegesetz abermals in den Vordergrund treten wird. Wörtlich heißt es dann: „Schon liegen von den Sozialdemokraten und von den Kommunisten gestellte Anträge vor. Die Kommunisten verlangen abermals die Ausschaltung der Rechtsverbrecher, wodurch die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vom vorigen März durchaus gerechtfertigt wird.“

Nichts wird dadurch gerechtfertigt, denn die Tatsache bleibt bestehen, daß die sozialdemokratische Fraktion wegen der paar Rechtsverbrecher von rechts, die das Malheur hatten, strafrechtlich verfolgt und verurteilt zu werden, verabsäumte, richtiger: verhinderte, mindestens 300 Kommunisten freizulassen, darunter solche mit hohen und den höchsten Zuchthausstrafen und solche mit ungesetzlichen Zuchthausstrafen. Unter den 300 Kommunisten habe ich die nicht mit gezählt, die in der Registratur der sogenannten „Grenzfälle“ geführt werden. Schätzt man die Zahl auf 200, die eher zu niedrig als zu hoch ist, dann werden es 500 Kommunisten, deren Freilassung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhindert hat. Gegenüber dieser Tatsache wird jedes Argument, das zur Rechtfertigung des Verhaltens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im vorigen Reichstag herangezogen wird, inhaltslos, denn Sie wissen so gut wie ich, daß die Freilassung dieser Fünfhundert im verflossenen Reichstag von Kommunisten und Sozialdemokraten durchzusetzen ein Unding war. Sie wissen aber eben so gut, daß mit den sogenannten Mittelparteien dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, wie Sie andererseits auch wissen, daß es mit den Rechtsparteien durchzusetzen war. Und noch mehr: Sie wissen auch, daß den Deutschnationalen in dieser Situation alles annehmbar war und ihnen jede Bedingung gestellt werden konnte, wenn sie nur ihre Gesinnungsverwandten aus den Zuchthäusern kriegten.

Nun zur neuen Situation, die in der speziellen Frage der Amnestie nicht anders geworden ist. Zunächst will ich rund heraus erklären, daß ich es für einen Ausfluß unreiner Gesinnung halte, wenn die Kommunisten wieder die Ausschaltung der Rechtsverbrecher von rechts von einer Amnestie fordern. Mit welchem Recht wollen die Kommunisten bestimmte Deliktgruppen der Rechtsverbrecher von rechts von der Amnestie ausschließen, wenn feststeht, daß ähnliche Deliktgruppen auch auf kommunistischer Seite vorliegen? Zwar sind diese nicht mit der Roheit belastet, wie jene, und bestimmt im

Verfolg einer höheren Zielrichtung begangen, aber: sie sind doch vorhanden . . . Und wieder frage ich: mit welchem Recht will man bestimmte Deliktgruppen von der Amnestie ausschließen, wenn man meint, es solle ein Strich unter die politische Vergangenheit gemacht werden, wenn man meint: alle diese Verbrechen sind Folgen unkonsolidierter Zeitverhältnisse? Es gibt da keine Rechtfertigung für die Ungleichheit in der Behandlung der Belinquenten. Erstens sind wir keine Epigonen des Teufels, sondern Gestalter einer neuen Weltordnung, zweitens brauchen wir nicht 10, 12 Personen leiden zu lassen für das, was ihre Auftraggeber und die Klasse und Kaste praktizieren, in deren Auftrage sie handelten als Werkzeuge eines Mechanismus; drittens fehlen dem Kommunisten, der nicht verbürgerlicht ist, so ziemlich alle Voraussetzungen, Partei zu ergreifen und den jeweils herrschenden in dieser Republik die Steigbügel zu halten: auf keinen Fall haben wir Ursache, uns zum Exekutivorgan der formaldemokratischen Mittelparteien oder der mittelmäßigen Formaldemokraten zu machen.

Diejenigen, die, außer den Kommunisten, die Fememörder nicht freilassen wollen, sind nicht nur verantwortlich für die Vollzugshandlungen der Fememörder, sondern die Auswirkungen ihrer politischen Schandtaten und sonstigen Lebensgesetze sind gesinnungsmäßig um keinen Deut besser als die aus besonderer Situation geborenen Handlungen jener Werkzeuge kapitalistischer Impertinenz. Wer sich auf den Standpunkt stellt, daß ein Selbstschutz gegen Polen notwendig war, wer da meint, daß Deutschland gegen Polen Abwehrmaßnahmen kriegerischer Art zu organisieren hatte, der kann die Folgen dieser Missionen oder Funktionen nicht ausschalten: ist also verantwortlich in Form und Inhalt für alles das, was mit diesen Funktionen untrennbar verbunden ist. Im übrigen wissen Sie auch, daß die 10 Fememörder, meinetwegen auch 20, falls noch einige hinzukommen, in jedem Fall andere Richter haben, als die Kommunisten. Und diese anderen Richter werden im Laufe der Zeit für sie das tun, was der Gesetzgeber für sie zu tun ablehnt. Nicht unbekannt dürfte es Ihnen weiterhin sein, daß die Fememörder in den Zuchthäusern eine ungleich erträglichere Existenz haben als die 99% der Kommunisten: die ersten können atmen, die Kommunisten in den Zuchthäusern aber ersticken.

Aus alledem wäre vernunftgemäß zu folgern, daß es sich hier um eine reine Zweckmäßigsfrage handelt und um keinen Grundsatz. Angesichts dieser Situation müssen solche Pressenotizen deprimieren, wie ich sie eben jetzt in der L. V. gelesen habe: „Eine unter Führung der Sozialdemokratie stehende Reichsregierung wird voraussichtlich sofort nach ihrem Antritt der Geschäfte mit den Länderregierungen zur Erörterung über eine baldige Amnestie in Verbindung treten. Es sollte selbstverständlich sein, daß — wie es die Sozialdemokratie wünscht — gemeine Verbrecher von dieser Amnestie ausgeschlossen werden“.

Vorweg kurz folgendes: wer ist denn nun in dieser Gesellschaftsordnung eigentlich ein gemeiner Verbrecher. In kriminalpsychologischen Wälzern quälen sich professorale Sozialdemokraten täglich damit ab, nachzuweisen, daß die Verbrechen in der heutigen Gesellschaftsordnung in der Hauptsache soziologisch bedingt sind, von einigen Rechtsbrechergruppen abgesehen, die auf Krankheitsanlagen beruhen und in der heutigen Gesellschaftsordnung besonders disponiert werden. Wenn die sozialdemokratische Pressenotiz realen Wert haben soll, dann wird bei dem kommenden Amnestiegesetz

nicht viel herauskommen: eine Sekundierung dessen, was Richter mit mittelalterlichem Horizont täglich praktizieren. Kann das zur sozialistischen Mission gehören? . . .

Die Hauptsache: Sie wissen, daß Kommunisten, die zu hohen und höchsten Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, mehr oder weniger alle das Prädikat „gemeiner Verbrecher“ mit auf den Zuchthausweg gekriegt haben . . . Schließt jetzt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diejenigen von der Amnestie aus, die keine „gemeinen Verbrecher“ sind, von Richtern aber dazu gestempelt wurden, dann schließen Sie von der Amnestie überhaupt alle aus, um derentwillen es eigentlich gehen müßte. Um Ihnen das ganz deutlich vor Augen zu führen, will ich mit einem mir besonders nahe liegenden Beispiel operieren. Unterscheiden Sie mal zwischen Plättnergruppe im engsten Sinne des Wortes und zwischen Plättnerbanden. Die Plättnergruppe im engsten Sinne des Wortes wurde im Jahre 1921 unschädlich gemacht und mit rund 20 Personen verhaftet. Sofort setzte die Tendenz ein, uns als „gemeine Verbrecher“ zu stempeln. Das ist zwar nicht gelungen, aber fragen Sie mich um Gottes willen nicht: durch welche Hölle wir in einer zweijährigen Untersuchungshaft gegangen sind. Sämtliche Mitglieder dieser engeren Plättnergruppe wären als „gemeine Verbrecher“ ins Zuchthaus geschoben, wenn sie nicht besondere Glücksumstände gehabt hätten: erstens stand uns ein Verteidiger zur Seite, der kein Advokat ist, sondern ein Mensch . . . , zweitens bin ich von einer schier unerwüthlichen Natur. So habe ich in der Schwurgerichtsverhandlung in Halle im Juni-Juli 1923 29 Stunden hintereinander einen Unzuständigkeitsantrag begründet, mit dem Erfolg, daß die Sache als Hochverratsache an den Staatsgerichtshof verwiesen wurde. Dabei hatten wir aber das Glück, daß wir einem loyalen Vorsitzenden gegenüberstanden. Bevor es dazu gekommen war, hatte ich reichlich dafür gesorgt, daß einige Zentner Eingaben bei den Gerichten, die sich mit unseren Strafsachen befaßten, eingeliefert wurden.

Ganz anders verhält es sich mit den Plättnerbanden, alles schlichte Durchschnittsproleten, die nicht das Glück hatten, mit mir gemeinsam verhaftet zu werden, sondern zunächst frei blieben — und selbstverständlich „im Sinne Plättners weiter handelten“. Aber darunter befinden sich Leute, die ursprünglich in der Plättnergruppe organisiert waren, auch Genossen, die gemeinsam mit mir dem Obersten Aktionsrat der illegalen Kampforganisationen der KAPD angehörten. Solche Anhänger sind dann in den Jahren nach unserer Verurteilung einzeln oder in Gruppen verhaftet und als „gemeine Verbrecher“ verurteilt worden. Mir fehlt die Uebersicht, um mit Zahlen operieren zu können, aber die Zahl ist nicht gering. Ich will mich in meinen heutigen Betrachtungen darauf beschränken, Ihnen einige Stellen aus der Urteilsbegründung eines Urteils der I. Strafkammer des Landgerichts in Stolp vom 21. Februar 1924 vor Augen zu führen, das gegen 8 Beteiligte ergangen ist, die sich nicht mit dem genügenden Nachdruck verteidigen konnten:

„Die Angeklagten behaupten, sie gehörten alle einer außerhalb der politischen Parteien stehenden geheimen Organisation an, die sich zum Ziele gesetzt habe, durch Bandenkrieg die derzeitige kapitalistische Gesellschaftsordnung zu unterwühlen und späterhin zu stürzen. Diesem

Zweck habe auch der Überfall auf das Postamt in Hebrondamnitz gedient. Außerdem habe der Überfall wie alle derartigen Unternehmungen dazu gedient, durch sogenannte „Expropriationen“ öffentlicher wie kapitalistischer Kassen, wie Banken, Postämter und Fabriken, die für die Organisation notwendigen Mittel herbeizuschaffen, da diese nicht über so reichliche Mittel verfüge wie die kapitalistischen Organisationen. Auch habe der Überfall auf das Postamt in Hebrondamnitz der „Propaganda der Tat“ gedient . . . Ihr Programm entspräche ganz dem von Plättner in seinem Buche: „Der organisierte rote Schrecken“ niedergelegten Grundsätzen. Dieses Buch wollen alle Angeklagten gelesen und zum Vorbild ihrer Handlungen genommen haben.

Diesen Angaben der Angeklagten setzt die Urteilsbegründung folgende „Erwägungen“ gegenüber: Die Plättnerorganisationen, als deren Ausläufer die Angeklagten ihre Geheimorganisationen bezeichnen, hätten in den Jahren 1921-22 bestanden. Sie hätten sich zur Aufgabe gestellt, gemäß den von ihrem Führer Plättner in seinem Buche: „Der organisierte rote Schrecken“, niedergelegten Richtlinien als Stoßtrupp im Kampfe gegen den bestehenden Staat zu dienen und sich durch einzelne Unternehmungen für diesen Kampf vorzubereiten und auszubilden, zugleich auch Unruhe in die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu bringen und dem Kommunismus die finanziellen Mittel zur Durchführung des Staatssturzes und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verschaffen. Wenn diese Organisation zunächst auch aus einem gewissen Idealismus gehandelt hätten, so seien sie doch bald zerfallen, da dieser Idealismus bei ihnen immer mehr verschwunden wäre und sie Gefallen am Gelderwerb gefunden hätten. Die Plättnergruppen seien größtenteils als gemeine Räuberbanden geendet und seit längerer Zeit aufgegeben und als erledigt zu betrachten. Seitdem Plättner in dem Verfahren vor dem Landgericht in Halle das Politische Motiv mit Erfolg als die Ursache seiner Handlungsweise bezeichnet habe, sei dieses Motiv von Bandenverbrechern mit Vorliebe vorgeschützt worden, um sich einen politischen Gerichtshof und etwaige Amnestien zu sichern“.

Nachdem dann in der Urteilsbegründung weiter „festgestellt“ worden ist, daß der Politischen Polizei nicht bekannt gewesen sei, daß ein von irgend einer ernstlich in Frage kommenden politisch links gerichteten Organisation ein bestimmtes, auf die Veränderung der Staatsform gerichtetes Unternehmen geplant und in der Ausführung begriffen gewesen sei, heißt es dann hinsichtlich der Angeklagten weiter:

„Wenn die Angeklagten weiter betonen, daß sie mit den Organisationen von Hoelz und Plättner in Verbindung gestanden haben, so ist zu berücksichtigen, daß seit den Unternehmungen dieser beiden Verbrecher ein Zeitraum von mehreren Jahren liegt und daß deren Organisationen nicht mehr bestehen. Diese mögen zunächst die sogenannten „Expropriationen“ als ein unentbehrliches Kernstück zur Erreichung ihres Zieles, der Errichtung der Rätediktatur, betrachtet haben. Ihre Überbleibsel nach der Verhaftung Hoelz' und Plättners sind aber nach Ansicht des Gerichtes nur noch von dem Triebe zusammengehalten, sich an fremdem Eigentum zu bereichern. Dies geht auch aus der von den Angeklagten verübten Tat hervor. Es mag sein, daß die Angeklagten Görlich, Eick und Bergemann früher in gewisser Beziehung zu Hoelz und Plättner ge-

standen haben. Nach deren Verhaftung sind sie aber nur illegal lebende Menschen geblieben, die vor die Frage gestellt waren, ob sie sich den Polizeibehörden stellen sollten oder nicht oder sich weiter von Raub und Diebstahl ernähren wollten. Mit den übrigen Resten der Plättnerorganisation haben sie den letzten Weg gewählt und aus diesem Grunde nach der Ueberzeugung des Gerichts die Tat in Hebrondamnitz ausgeführt. Das Gericht stellt fest, daß die Angeklagten nur nach Hebrondamnitz gefahren sind, um für sich und ihre Zwecke Geld zu erbeuten. Damit entfällt aber jedes politische Motiv. Es handelt sich bei den Angeklagten um gemeine und nicht politische Verbrecher“.

Vorher waren zwei ähnliche Urteile in Charlottenburg gefällt . . . Den Verurteilten fehlte nach unserer Verhaftung der Kopf, im Prozeßverfahren die qualifizierte Führung, in der Parteiöffentlichkeit der notwendige Schutz. So sind sie das Opfer dieser drei Mängel geworden. Bergemann behauptet allerdings, daß sie die Verlesung des Urteils gegen Plättner und Gen. und mein persönliches Erscheinen als Zeuge beantragt hätten. Das alles aber wurde brüsk abgelehnt.

Ich hoffe, Sie mit diesem Beispiel überzeugt zu haben von der Notwendigkeit, das Amnestiegesetz nicht mit solchen Klauseln zu belasten, wie sie in der Absicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen. Bleibt es frei von diesen Klauseln, dann sind damit zwar noch nicht diese hier erwähnten Urteilsgruppen von der Amnestie erfaßt, aber es ist uns dann die Möglichkeit gegeben, vor Parlamentarischen Amnestieausschüssen und sonst noch in geeigneter Weise ihre Freilassung zu erzwingen. Denn den Nachweis zu erbringen, daß es sich hier in Wirklichkeit um politische Rechtsbrecher dreht, fällt mir dann leicht, wenn ich auch glaube, daß uns darin noch ein hartnäckiger Kampf bevorsteht. Denken Sie daran, daß diese Genossen mit hohen und den höchsten Zuchthausstrafen in den Zuchthäusern vegetieren und alles über sich ergehen lassen müssen, was es im „modernen deutschen Strafvollzug“ gibt. So sehr ich mit meiner Gesundheit herunter bin und die Vernunft mahnt, nach meiner Freilassung alles darauf abzustellen, diese erst wieder herzustellen, soweit das überhaupt noch möglich ist, so unbedingt steht fest, daß ich mich nicht eher dieser Aufgabe unterziehe, ehe ich nicht meine Anhänger aus den Zuchthäusern gebracht habe. Erschweren Sie uns diese Mission nicht, ich bitte Sie innigst darum.

Ihr

Karl Plättner.

Befriedete Welt

Kürzlich war Herr Dr. Stresemann krank, und da Herrn Aristide Briand auch gerade nicht ganz wohl war, hatten wir schon alle Angst, daß es einen neuen Krieg geben werde. Den deutschen Generalanzeigerlesern, soweit Hugenberg ihren Organen ein schwarzrotgolden getöntes Papier gestattet, ist es nämlich nachgerade schon ins politische Oberbewußtsein gedrungen (da drunter aber ist's fürchterlich!), daß der Weltfriede auf dem Nobelpreise dieser beiden Staatsmänner für die Ewigkeit stabilisiert ist, und daß

ihr Nobelpreiskollege Chamberlain, wenn sie einmal verhindert sind, in Genf aufzupassen, die übrigen Staatskerle alsbald zur Veranstaltung gräßlicher Gemetzel anregen wird. Nun, sie sind gottseidank beide wieder frisch und mobil und zunächst auch der Gefahr entrückt, von Breitscheid oder Louchéur auf dem Auswärtigen Amt gedrängt zu werden. So ist der Friede in aller Welt also garantiert. Nur in China wollen die Früchte des Völkerbundspazifismus noch nicht recht reifen. Die Japaner haben dort zwar nach dem Rechten gesehen und den Schutz ihrer gefährdeten Landsleute dadurch gesichert, daß sie im ehemaligen deutschen Pachtgebiet in Schantung mit viel Verbrauch von Artilleriemunition ihre Flaggen hißten und dadurch die ursprünglich im Versailler Vertrag vorgesehene Lösung des Tsingtau-Problems, die dann auf den Einspruch Chinas im Washingtoner 9-Mächte-Abkommen wieder gestrichen wurde, um des lieben Friedens willen nachträglich zum Siege führten. Wozu der chinesische Bürgerkrieg nicht alles gut ist! Ueber den Verlauf dieser in Schiebungen und Verrätereien versackten Revolution zu saibadern, mag den Politikern überlassen bleiben, die sich von dieser oder jener Wendung der Dinge ein Geschäft versprechen und deshalb versichern, sie sei eingetreten. Aber möge der bezahlte Generalissimus der Konterrevolution mit der unter seinen Zug geworfenen Bombe krepieri sein oder mag sie ihm bloß die Kaldaunen verrenkt haben, — wesentlich bleibt dabei nur das psychologische Moment, daß die gehundsfoteten und gemarterten chinesischen Proletarier noch revolutionäres Temperament genug haben, ihren Peinigern im Kleinen zu erwidern, was die im Großen treiben. Die Nordarmee rückt ab — die Südararmee rückt vor und Feng und Yeng und Tschangkaischek bemogeln sich gegenseitig in Verträgen und Abkommen, bemogeln ihre europäischen, japanischen und amerikanischen Auftraggeber und köpfen abwechselnd in den verschiedenen Gegenden des Landes die rebellischen Kulis und Bauern, die ihren Versprechungen geglaubt hatten. Vermutlich wird über kurz oder lang — da die Herren Stresemann und Briand doch gottseidank wieder auf dem Posten sind — der Völkerbund die strittigen Fragen lösen und dann die Kulis und Bauern in eigener Regie köpfen lassen. So muß ja endlich Friede werden. Es geht doch sonst überall in Harmonie. Der Krieg zwischen Polen und Litauen ist noch immer vertagt, und solange Litauens Hauptstadt Wilna polnisch bleibt, ist in der Beziehung der beiden Länder alles aufs beste geregelt; nur sollten sich die Litauer abgewöhnen, immer wieder von Wilna zu reden. Sonst könnte ihnen mal Italien ihr faschistisches Regime vorwerfen und sie auf Griechenland verweisen, wo es bedenklich nach Revolution riecht; nur weiß bis jetzt niemand, wer dahinter steckt und ob die Ausgebeuteten des Landes den Kampf, in dem sie allein bluten, wirklich für sich selbst führen oder ob politische Intriganten im Dienste von Petroleumspekulanten mit ihnen Schindluder treiben. In der Belgrader Skup-

tschina wird geschossen, und bei der Beurteilung der Vorgänge haben wir die Wahl, ob wir die Ruchlosigkeit des den ganzen Balkan beherrschenden Systems der völligen Entrechtung der Arbeiter und Kleinbauern als Grund annehmen wollen oder ob Mussolini inneren Krach in Serbien braucht, um die Kriegsvorbereitungen zwischen Italien und Jugoslawien und demnach die Okkupation Albanien zu fördern, nachdem die Demonstrationen kriegswütiger Studenten in beiden Ländern vor den Gesandtschaftsgebäuden der Partner noch nicht zum Ziele geführt haben. In Warschau wird weildessen gegen Rußland eingeheizt; im Hromada Prozeß wurden Urteile gefällt, daß man sich nach Leipzig versetzt glaubte, und wünscht Moskau seine Vertreter in Polen vor Anschlägen weißgardistischer Emigranten besser geschützt, so läßt Pilsudski Antworten erteilen, die seine Sehnsucht, sich bald wieder in seinem früheren Gewerbe als Marschall betätigen zu können, deutlich erkennen lassen. Der Schachty-Prozeß entrückt die Spekulation des europäischen Industriekapitals auf einen konterrevolutionären Umsturz in Rußland jedem Zweifel, und daß man diese Wendung der Dinge nicht von inneren Erschütterungen erwartet, sondern durch kriegerische Intervention herbeizuführen bestrebt ist, kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Die regierenden Russen allerdings täten wohl gescheiter, wenn sie sich durch eine umfassende Amnestie ihrer linksrevolutionären Kritiker die Sympathie des Weltproletariats zurückeroberten, als daß sie der deutschen Sozialdemokratie gut zureden, sie möchten doch lieber mit ihnen ein Bündnis machen, wenn sie jetzt wieder mitregieren dürfen, als sich von Paris und London aus gängeln zu lassen. Es scheint von Tschitscherin noch nicht bemerkt worden zu sein, daß der tonangebende Außenpolitiker der deutschen Sozialdemokratie Stresemann heißt. Auf den wird es auch ankommen, ob die Müller'sche Reichsregierung die Panzerkreuzer, die Gröner wünscht, bauen lassen muß oder ob sie damit warten darf, bis ein neuer Bürgerblock ihr diese Pflicht abnimmt. So lange die Kähne nämlich nicht da sind, besteht die Gefahr, daß Deutschland mangels genügender Ausrüstung zur See neutral bleiben müßte, wenn demnächst zwischen Oderbruch und Warthe entschieden wird, wie die Dividenden von Oel und Erz in der Welt verteilt werden und wem die Neger fortan als Sklaven gehorchen sollen. Nun, der Müller und sein Kind, die Große Koalition, wird schon mit sich reden lassen. Sonst wacht ja noch unser Justizrat Claß mit seinem Vollstreckungsmeister Ehrhard. Denen leckt schon vor Neid der Speichel zu den Lippen heraus, wenn sie bedenken, wie in faschistisch regierten Ländern die innere Zufriedenheit hergestellt wird, ohne die der frisch-fröhliche Krieg garnicht wirkungsvoll inszeniert werden kann. In Rom wurden am 5. Juni die seit November 1926 verhafteten 18 kommunistischen Parteifunktionäre abgeurteilt. Sie erhielten bis zu 27 Jahren Kerker, insgesamt 383 Jahre, 6 Monate und 25 Tage, dazu 119000 Lire Geldstrafe und

alle 18 dauernden Bürgerrechtsverlust und je 3 Jahre Polizeiaufsicht nach Verbüßung der Strafen. Aus Portugal, von wo man sonst wenig Nachrichten erhält, wird eben durch INO ein wichtiger illegaler Brief verbreitet, aus dem die gänzliche Mundtotmachung nicht nur des Proletariats, sondern auch aller geistig bewegten und kulturell bemühten Bürger erkennbar wird. Primo de Rivera hat für ganz Spanien ein Verbot aller politischen Diskussionen, selbst in den vier Wänden privater Wohnungen erlassen. Gute Zeit für Spitzel. Von Ungarn, Rumänien, Bulgarien nichts neues; das alte genügt auch, und das Befinden ist unverändert. Wir aber freuen uns der befriedeten Welt und jauchzen schwarzrotgold umbändert unser Halali übers schwarzweißbrote Köhl- und Hünefeld. Sie haben es den Amerikanern wieder mal gesagt, daß der deutsche Gedanke in der Welt der Sieger ist und der Stahlhelmjünger glotzte so kühn durch sein Monokel auf die United States herab, als ob er das Perpetuum Nobile erfunden hätte.

Was haben wir auszustehen? Wir haben unseren Hünefeld und unseren Domgörgen, haben raketenfuzende Automobile und Sommerköniginnen im Lunapark. Wir haben Grüne, die ihren Weiß für rot halten und braun und blau schlagen, und wir haben den Braun, der die Grünen danach weiß wäscht; denn der arme Owege war ja bloß ein Rotter. Manchmal nehme ich mir aus dem Bücherschrank einen Band heraus von Jean Paul oder Wieland oder Goethe oder auch E. Th. Hoffmann, denn ich bin ein etwas altmodischer Narr, den das bedruckte Papier mehr freut als die höchste Rekordzahl, die aus dem Lautsprecher hervorquarrt. Dann denke ich mir: ihr armen Teufel, die ihr nie mit einem Blitzzug im Schlafwagen nach Italien, nie im Benzingestank eines Autos durch die Auen eurer Heimat gefahren seid! Ihr wart schlechte Propheten, als ihr aus der Weisheit des Wortes und aus der Einsicht des Geistes glaubtet die Welt befrieden zu können. Ihr wußtet noch nichts vom Sozialismus, in dessen Namen Gumiknüttel Ordnung schaffen, wenn Flieger aus Amerika kommen, wenn Boxer, Springer oder Windhunde um die Palme ringen oder wenn hungri-ge Proleten für eine bessere Zukunft demonstrieren. Dennoch — dennoch, auch euch gebührt in Plätzchen in Deutschlands Herzen: wenn Stresemann aus Genf kommt und einen Vortrag über die nunmehr befriedete Welt in den Rundfunk salmt, wie manches Zitat von euch weiß da seine Speise zu würzen, und wenn die Hünefelds den Thayers erzählen, was ihr Vaterland über alles, über alles in der Welt erhebt, dann klopfen sie auch euch auf die astralen Schultern und lächeln euch zu: wohl euch, daß ihr Vorläufer sein durftet so herrlicher Nachfahren und einer so großen weltbefriedeten Zeit.

Karl Marx und die Moral

Die Angriffe gegen den moralischen Charakter Marx's in dem Artikel „Revolutionäre Moral“ (FANAL, Nr. 9) haben, wie vorauszusehen war, bei manchen Marxisten Widerspruch hervorgerufen. Der Genosse Karl Korsch zumal erhebt Einwendungen, die mir interessant und wichtig genug erscheinen, um sie mitzuteilen. „Ich finde“, schreibt er mir „Ihren Artikel über die Moral von Marx oberflächlich und ungerecht. Sie urteilen n. m. M.; teilweise nicht vom moralischen Standpunkt (den ich anerkennte), sondern vom Standpunkt der plattesten spießbürgerlichen Moral als Institution. Ich kann Ihnen leicht beweisen, daß Marx' herbe Kritik sich nur gegen letztere richtet, daß er dagegen 1) in der theoretischen Anerkennung idealistischer Ziele eher zu weit geht — vgl. z. B. Kapital Bd. III 2. Teil, 48. Kap., III. Abschnitt (S. 355); 2) persönlich von einem starken moralischen Pathos ganz durchseelt ist. Am besten beweisen das seine Urteile über den Unterschied zwischen solchen Männern wie Ricardo und Malthus oder zwischen klassischen Oekonomen und bürgerlichen Oekonomen (im „Kapital“ und in den „Theorien über den Mehrwert“). Selbstverständlich gebe ich zu, daß Marx in seinem persönlichen Urteil über Bakunin, Lassalle u.s.w. geirrt hat. Man muß hier aber ein wenig berücksichtigen, daß die meisten dieser Aeußerungen nicht zur Veröffentlichung geschrieben sind. Und wir alle sagen und schreiben doch in Privatbriefen von Menschen, die wir genau zu kennen glauben, oft genug etwas, was wir nicht verantworten können. Sie sagen S. 188 zum Nachteil von Marx einiges öffentlich, was Sie keinesfalls verantworten können; z. B. daß L. dem M. „fortwährend aus Geldkalamitäten herausgeholfen“ hätte, daß M. „in tausend dunkle Geldaffären verwickelt“ gewesen wäre. (Armer Marx, der zeitlebens mit dem Gelde nur theoretisch etwas zu tun gehabt hat!) Ich müßte eigentlich Ihren Artikel Wort für Wort durchgehen, um das viele Halbwahre und Ganzfalsche klarzustellen. Allgemein behaupte ich, daß Sie nach den ersten zwei Worten (d. h. nach der Ueberschrift) aufhören, von der Revolutionären Moral zu sprechen, die ein wirkliches Thema ist.“

Daß ich diese harte Kritik des Genossen Korsch ungekürzt wiedergebe, gebietet mir die revolutionäre Moral, die ich bei Karl Marx vermisste. Diese Moral hat m. E. wenig mit der platten spießbürgerlichen Moral zu schaffen, die ich nach Korsch's Urteil mit der des Revolutionärs verwechseln soll. Das ist ein Irrtum, der sich wohl dadurch erklärt, daß ganz zufällig in den Beispielen, mit denen ich Marx' Unmoralität zu beweisen suche, auch das von den dunkeln Geldaffären zu finden ist; jemandem trübe Finanzoperationen vorzuwerfen ist allerdings meistens nur die Gewohnheit platt-spießbürgerlicher Moralisten. Ich versichere dem Genossen Korsch wie allen Lesern,

daß ich mich von einer moralischen Verurteilung der Marxschen Geldaffären völlig frei weiß; es stände mir, von dem Dutzende von Pumpgeschichten aus meiner Bohemezeit kolportiert werden, wohl auch verdammt übel an, Marx hinzureiben, daß er sein Leben lang fast nur von Pump gelebt hat. Darum dreht sich's aber nicht, sondern darum, daß dieser selbe Marx, der sich selbst auf diesem Gebiet so viel Toleranz zeigte, Bakunin — nicht in Privatbriefen, sondern öffentlich — damit zu erledigen suchte und wirklich um sehr viel Wirkung seines Strebens brachte, daß er ihm die Versäumnis der Rückzahlung eines Vorschusses von ganzen 300 Francs als Betrug und Unterschlagung vorwarf, obwohl Marx genau wußte, daß es Bakunin noch viel dreckiger ging als ihm selbst. Der ausgezeichnete Marxkenner Korsch sei doch an das unsägliche politische Pamphlet erinnert, in dem diese Lächerlichkeit in Verbindung mit den schandbaren Verleumdungen des Utin benutzt wird, um Bakunins Ausschluß aus der Internationale durch eine intrigant zusammengeschobene Majorität durchzusetzen („Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die Internationale Arbeiterassoziation“). Es mußte gerade vom Standpunkte revolutionärer Moral hervorgehoben werden, daß Marx der letzte war, der Bakunin mit der plattesten und spießbürgerlichsten Moral in Geldangelegenheiten ins Gesicht fahren durfte. Im übrigen war mein Ausdruck von den „tausend dunkeln Geldaffären“ ein wörtliches Zitat aus Rühles Buch, um das sich ja mein ganzer Artikel gruppierte (Rühle, Karl Marx, S. 359). Marx irrte sich keineswegs in den Rivalen, die er verdächtigte und verleumdete; er fand es einfach richtig, sich jedes, sonst unter Menschen noch so anrühigen Mittels zu bedienen, um sie zu vernichten. Auch ist es unrichtig, den Briefwechsel von Marx mit Engels, Kugelmann usw. mit Privatbriefen auf eine Stufe zu stellen, in denen uns allen einmal ungerechte Urteile über dritte Personen unterlaufen. Es trifft durchaus zu, was der Marxist Rühle (S. 341) ihm vorwirft, daß er nicht davor zurückschreckte, „. . . im Dunkel vertraulicher Korrespondenzen oder geheimer Informationen die Ehre des verhaßten Rivalen zu bes Flecken.“ Oder soll man etwa die schmähliche „Konfidentielle Mitteilung“ an Kugelmann auch unter die Privatbriefe rechnen, bei denen man sich mal in der Beurteilung des anderen irren kann? — Daß Marx die großen Vorläufer und Ideologen, mit denen er sich beschäftigte, auch unter moralischen Gesichtspunkten gegen einander abmaß, wird nicht bestritten. Man kann nämlich garnicht drum herum, und wenn Marx und seine Nachfolger, bei aller Nachsicht für das eigene Verhalten und das ihrer Helfer, gegen Andersdenkende um so freigebiger mit den Begriffen Lumpen und Verräter herumwarfen und noch heute werfen, so ist ja auch das ein moralisches Kritisieren, das sie sogar weit über alle Zulässigkeit an die Stelle der sachlichen Kritik zu setzen lieben. Was ich einzuwenden habe, ist das, daß Marx gerade in seinen vertraulichen Briefen an Engels, wo er sich ganz offen gab, den

Grundsatz aufstellte, daß es nur schaden könne, wenn man in politischen und revolutionären Angelegenheiten dem Gefühl der Arbeiter, das nach Recht und Unrecht unterscheiden möchte, irgendwelchen Spielraum ließe. Ich habe mich bemüht, klar zu machen, daß aus dieser frivolen Beurteilung natürlicher Empfindungen von Recht und Unrecht, die nichts mit spießbürgerlicher Kirchen- und Schulmoral zu tun haben, ein gut Teil der entsetzlichen inneren Zerrissenheit in der Beziehung der revolutionären Arbeiter unter einander erklärlich werde. Denn was die kleinen Stümper, die in den Fußstapfen des Riesen Karl Marx einhersteigen, von ihm gelernt haben, ist gewöhnlich nicht die hohe ethische Unterscheidung zwischen dem Menschenfreund Ricardo und dem Nützlichkeitsberechner Malthus, sondern die Ansicht, daß Recht und Wahrheit Phrase sei und die Bekämpfung des Gegners jede Niederträchtigkeit zur Pflicht mache. Von diesen Dingen sprechen, rechtfertigt wohl auch die Ueberschrift „Revolutionäre Moral“

Grüß

Unser alter Genosse Hermann Stenzleit ist in Berlin eingetroffen, um am 23. Juli seinen achtzigsten Geburtstag im Kreise seiner Freunde und Mitkämpfer aus der ehemaligen Londoner Emigration zu begehen. Stenzleit war eines der ersten Opfer des Sozialistengesetzes. Schon 1878 mußte er zusammen mit Johann Most Deutschland verlassen. Seitdem hat er seinen Wohnsitz in England, wo er nie aufgehört hat, aktiv, umsichtig, seiner Aufgabe ergeben und uneigennützig die Idee des revolutionären Anarchismus zu fördern. Er war Mitbegründer des Communistischen Arbeiter-Bildungsvereins in London, Freund Krapotkins, Malatestas, Torrida del Marmols, aller unsrer alten Lehrer und Vorkämpfer. Seine erstaunliche körperliche und geistige Rüstigkeit, die es ihm schon vor einem Jahre erlaubte, die Reise zu uns zu unternehmen, möge ihm noch viele Jahre erhalten bleiben ihm selbst zur Freude, uns allen zum Segen. Wir grüßen Dich, Genosse Stenzleit! Du sollst noch den Tag miterleben, dem unser Kampf und unsre Sehnsucht gilt!

Betriebsunfall.

Das vorige Heft ist infolge Versagens der Druckerei in technisch höchst mangelhafter Form und von zahlreichen Druckfehlern verunziert herausgebracht worden, konnte auch den meisten Lesern erst verspätet zugestellt werden. Die Herstellung ist jetzt einer Druckerei in Auftrag vergeben worden, die eine Wiederholung so störender Überraschungen nicht befürchten läßt. Es wird gebeten, den Unfall der Nummer 9, an dem der Herausgeber und der Verlag des FANAL gänzlich schuldlos sind, nachsichtig zu beurteilen.

An die Abonnenten!

Da uns in letzter Zeit verschiedene Beschwerden wegen Nichtbelieferung zugegangen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß solche Reklamationen nur in den Fällen an uns zu richten sind, wo der Bezieher das Heft unter Streifband zugestellt erhält. Soweit die Belieferung durch die Post direkt erfolgt, sind Beschwerden beim zuständigen Postamt anzubringen.

Wir weisen ferner darauf hin, daß der I. Jahrgang des „FANAL“ jetzt wieder geburden zu haben ist. Preis des Jahrganges in schwarzes Ganzleinen gebunden, mit roter Schrift auf Umschlag und Rücken und mit ausführlichem Sach- und Namensregister: 5.— Mk.

Zu Propagandazwecken stellen wir einen größeren Posten alter Hefte des „FANAL“ zur Verfügung, die mit einer entsprechenden Aufschrift versehen zum Preise von 10 Pfg. für die Nummer zu haben sind. Bei Bestellung von 50 Stück an berechnen wir nur 5 Pfg.

Kameraden!
Werbt für „FANAL“!

Mehrbezieher erhalten Rabatt!

Expedition des „FANAL“

Alles für die Fahrt!

findet Ihr bei uns gut und preiswert



Windjacken, Anzüge, Kittel, Ärmelwesten
Sporthemden, Hosen, Rucksäcke, Brotbeutel
Stepphüte, Schillerkragen, Stutzen, Sandalen,
Stiefel, lange Strümpfe, Karten, Kartent-
aschen, Schlafdecken :: :: :: :: ::

Verkauf von 9—7 Uhr

DIE FACKELSTUBEN

Gemeinnütziges Unternehmen der Jugend

BERLIN C 2 :: KLOSTERSTRASSE 62

Gegenüber dem Stadthaus

Erich Mühsam

Sammlung

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1898—1928

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Satiren, Anekdoten usw.

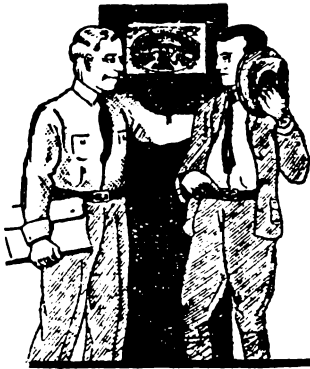
Preis: Ganzleinen 8,— Mk., kartoniert 5,50 Mk.

(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle
des „Fanal“. Abonnenten des „Fanal“ erhalten durch diese auf
Wunsch Zahlungserleichterung.

L. M. Spaeth Verlag, Berlin

**Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „Fanal“!**



**Internationale
Kriegsgegner
Antimilitaristen
Friedenskämpfer
erkennen sich am**

Friedensgürtel!

Erstkl. Sportgürtel aus bestem Leder

Mit versilbertem Schloß für Erwachsene . . . Mk. 4.50

Für Jugendkameraden „ 2.—

Allerbeste Materialverarbeitung

Bei Bestellung ist die Angabe des Leibumfanges in cm erbeten!

Zu beziehen vom

Friedensbund der Kriegsteilnehmer

Geschäftsstelle: Berlin N 31, Voltastraße 19

**Ebenda sind Antikriegskarten in 5 Serien zum Preise von Mk. 2.—
per 100 Stck. erhältlich. Für die Leser des „Fanal“ auf Wunsch
Musterserie gratis.**

FANAL

1. Jahrgang 1926/27

Preis: in Ganzleinen 5.— M., in einzelnen Heften 3.50 M

Zu beziehen durch den Verlag